Resolution: „Energiezukunft sichern - Atomkraft jetzt abschalten!“

Der Landesparteirat der SPD Niedersachsen möge beschließen:

Wir setzen uns ein für die schnellstmögliche Abschaltung aller Atomkraftwerke in Deutschland.

Wir fordern die Bundesregierung sowie die für die Atomaufsicht zuständigen Bundesländer auf:

- die ohne Beteiligung des Bundesrates und deshalb rechtswidrig beschlossene Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke zu stoppen und unverzüglich zurückzunehmen,
- Atomkraftwerke Biblis A, Biblis B, Brunsbüttel, Neckarwestheim 1, Isar 1, Krümmel, Philippsburg 1 und Unterweser sofort unter Verfall der jeweiligen Reststrommengen stillzulegen,
- das kerntechnische Regelwerk aus dem Jahr 2009 sofort wieder einzusetzen und damit die Sicherheitsstandards zu erhöhen,
- Betreiber von kerntechnischen Anlagen stärker an den Kosten der Endlagerung und den Folgen der Kernenergie zu beteiligen,
- Subventionen von Atomstrom (in Form von Steuerermäßigungen und Fördermitteln) unverzüglich einzustellen,
- gemeinsam auf Ebene der EU im Rahmen des EURATOM-Vertrags einen europäischen Ausstieg aus der Kernenergie voranzutreiben und auf die Einstellung aktueller Bauprojekte von Atomkraftwerken hinzuwirken,
- eine ergebnisoffene, bundesweite Suche nach geeigneten Endlagern einzuleiten und sich dabei an wissenschaftlichen Kriterien zu orientieren,
- die erneuerbaren Energien intensiv zu fördern und deren Ausbau zu beschleunigen,
- Maßnahmen zu intensivieren, die der Einsparung von Energie dienen.

Begründung:
Die dramatische Lage im Atomkraftwerk Fukushima und in weiteren Atomkraftwerken in Japan zeigt, dass selbst eine Nation mit den höchsten Sicherheitsstandards, die denen Europas ähneln, nicht in der Lage ist, im Ernstfall die Kontrolle über ihre Anlagen zu behalten. Es bedarf keines Erdbebens oder Tsunamis, um in eine solche bedrohliche Situation geraten. Der Fall in Forsmark, Schweden, 2006 zeigte, dass ein Stromausfall und eine unglückliche Verkettung von Ereignissen die Kühlung eines AKWs lahmlegen kann. Und: Die Folgen eines Erdbebens wie in Japan könnten in Deutschland durch einen ein Flugzeugabsturz ausgelöst werden! Atomkraft ist nicht beherrschbar.

Die tragischen Ereignisse in Japan geben der Debatte um Energie aus Atomanlangen eine neue Dimension. Eine mögliche Kernschmelze wird verheerende, kaum zu erfassende Langzeitfolgen für Mensch und Natur haben. Es gilt zu hoffen, dass sich ein zweites Tschernobyl nicht wiederholt und es den Technikern und Wissenschaftlern gelingt, die dramatische Situation unter Kontrolle zu bringen, um wenigstens das Schlimmste zu verhindern.

Die drei „E“ - Effizienz, Einsparungen & Erneuerbare - sind der Ausgangspunkt einer modernen Energiepolitik, die verantwortungsvoll mit Ressourcen umgeht, die Versorgungssicherheit der Menschen garantiert und sich nicht auf Strom aus einer nicht beherrschbaren, lebensbedrohenden Energieform verlässt. Niedersachsen als Industriestandort, als Bundesland mit einem Mix aus Fläche und urbanen Ballungsräumen, mit einer diversifizierten verkehrlichen Infrastruktur und als Bundesland von Wissenschaft und Forschung braucht und will eine ökologische Industriepolitik. Eine Politik, die unsere Industrie stärkt, Arbeitsplätze sichert und schafft, Wissen und Innovationen fördert, einen starken Dienstleistungssektor unterstützt und unser Niedersachsen als lebenswertes Land mit intakter Umwelt bewahrt. Dazu bedarf es einer moderner Energiepolitik und einer ökologischen Industriepolitik.

Allein die Summe der Zwischenfälle von 1978 im US-Atommeiler Harrisburg (USA), 1986 in Tschernobyl und 2006 in Schweden zeigt: Das Atomzeitalter muss endgültig beendet werden. Kein Sicherheitsprogramm auf der Welt wird uns hundertprozentige Sicherheit garantieren. Das Restrisiko wird nie beherrschbar sein und steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Allein das sollte Grund genug sein auf Atomkraftwerke zu verzichten und mit voller Kraft das Zeitalter der erneuerbaren Energien in einem intelligenten Energiemix einzuleiten.